

**Fraktionsvorsitzender**

Helmut Treutlein - T 07121 / 33 43 47 - Fax 37 15 23

Kurrerstraße 38, 72762 Reutlingen

helmut.treutlein@t-online.de

Stv. Fraktionsvorsitzende

Silke Bayer - T 0157 / 73 73 60 90

bayer.silke@email.de

Sebastian Weigle - T 07121 / 7 55 33 51

sebastian.weigle@gmx.de

Fraktionsmitglieder

Johannes Schempp - T 0163 / 345 6081

joge.schempp@outlook.de

Ramazan Selcuk MdL - T 07121 / 21 00 95

ramazan.selcuk@online.de

Edeltraut Stiedl - T 07121 / 96 31 31

euf.stiedl@t-online.de

Anträge der SPD-Fraktion zum Doppelhaushalt 2021-2022

Gemeinsam den Zusammenhalt gestalten! Die SPD-Fraktion unterstützt das Konzept für einen Weg aus der beispiellosen Krise der städtischen Finanzen mit dem Entwurf des Doppelhaushalts 2021-2022. Die elementare Daseinsvorsorge für die Menschen in der Stadt muss bewahrt und gleichzeitig die Ausgaben drastisch begrenzt werden. Das mit Beteiligung des Gemeinderats entwickelte Konsolidierungskonzept erreichte nicht die notwendigen Konsolidierungsbeiträge, um einen genehmigungsfähigen Haushalt vorzulegen.

Mit gravierenden Einschnitten und Maßnahmen hat die Stadtverwaltung das Konzept dieses Haushalts der Not aufgestellt. Es ist ein Haushalt der Zumutungen, ein Haushalt zum Erhalt der Pflichten in der Daseinsvorsorge und ein Haushalt zur Investition in die Zukunft der Stadt,

- in der Kinderbetreuung,
- im Erhalt des kulturellen und stadtgeschichtlichen Erbes,
- in der Weiterentwicklung der Schullandschaft,
- in der Wohnbau- und Gewerbeflächenoffensive,
- in Digitalisierung,
- Klimaschutz
- und zur Gestaltung der Mobilitätswende.

Die SPD-Fraktion gibt mit ihren Anträgen Anstöße zu sechs Themen, welche jetzt verstärkt werden müssen:

1. Mit einem **kulturellen Aufbruch** gelingt der Neustart des kulturellen Lebens am Ende der Pandemie.
2. Der **Zusammenhalt** der Stadtgesellschaft braucht sichtbare Anstöße vor allem für Kinder, Jugend und Familien.
3. **Respekt und Solidarität** sind die Grundlage des Zusammenhalts und brauchen Fürsprache.
4. Der **Wandel der Mobilität** muss aktiv gestaltet werden in der ganzen Stadt.
5. Die Großstadt braucht die **Finanzkraft**, welche ihr zusteht und welche sie benötigt.
6. **Begrenzung der Unterhaltskosten** auf notwendige Verkehrswege – keine Dietwegtrasse.

1. Der kulturelle Aufbruch

Antrag 1:

Wir freuen uns über das Engagement und die Idee des franz.K für den „Echazhafen“, für einen neuen Kulturplatz in der Stadtmitte für alle, als Zeichen des kulturellen Aufbruchs zum Ende der Pandemie zu einem erreichbaren Preis.

**Die SPD-Fraktion beantragt die Finanzierung der Containerwand für den „Echazhafen“ durch die Stadt als Beitrag zum kulturellen Gesamtprojekt, welches vom franz.K getragen wird.
(Kosten: 2021 100.000 €)**

Antrag 2:

Das **Haus der Kulturen / Bürgerhaus** als Haus für alle zur Begegnung der Vielfalt der Stadtgesellschaft wurde vom Integrationsrat erfolgreich entwickelt. Wir müssen jetzt in die Umsetzungsphase starten. Auch wenn dies zunächst mit kleinen Schritten erfolgen muss, so sind diese gerade jetzt elementar zur Stärkung des ehrenamtlichen Engagements und zur Bekräftigung des Reichtums, welchen die kulturelle Vielfalt in die Stadt bringt. Der Stadtfrieden bekommt einen Ort der Versöhnung.

**Die SPD-Fraktion tritt dem Antrag des Integrationsrats für erste Schritte für einen Ort und für die notwendige personelle Begleitung des Hauses der Kulturen bei.
(Kosten: 2021 Sachkosten 12.000 € Personalkosten 21.000 €, 2022 Sachkosten 24.000 € Personalkosten 42.000 €)**

2. Der Zusammenhalt

Antrag 3:

Im Haushalt ist die Fortsetzung des **Ausbaus für Bildung und Betreuung** in Kinderbetreuung und Schule aufgenommen. Es bedarf noch weiterer Schritte. Wir müssen unserer gesetzlichen Verpflichtung zur Herstellung von Kinderbetreuungsplätzen angemessen nachkommen.

**Die SPD-Fraktion beantragt die Vorziehung der Planungsrate für das Kinderhaus Bronnweiler ins Jahr 2022.
(Kosten 2022 200.000 €)**

Antrag 4:

Mit 80 Plätzen ist die in der Bedarfsplanung vorgedachte **Campus-Kita** im Bereich der Hochschule ein großes Angebot zum **Ausbau der Kinderbetreuungsplätze** in der Stadt. Beschäftigte und Studierende der Hochschule warten auf dies Angebot. Wir sehen die Arbeitgeber mit in der Verantwortung für die Kinderbetreuung, ermöglicht diese doch die Berufstätigkeit der Beschäftigten und schafft ein zufriedenstellendes Familien- und Bildungsangebot. Deshalb sehen wir das Land Baden-Württemberg in der Pflicht, die Campus-Kita zu planen und in Betrieb zu nehmen.

Die SPD-Fraktion beantragt zur Projektierung und zum Bau der Campus-Kita bei der Hochschule eine befristete Projektentwicklungsrate zur Verhandlung mit dem Land und zur Koordinierung der notwendigen planungsrechtlichen Aufgaben.

(Kosten 2021 40.000 € 2022 80.000 €)

Zur Realisierung können derzeit erfolgreiche Reutlinger Kinderbetreuungsprojekte als Planungsgrundlage herangezogen werden, was erheblich Planungskosten und Projektzeit ersparen kann. Das Land muss seiner eigenen Verpflichtung nachkommen! Worten müssen Taten folgen!

Antrag 5:

Die **Tagesmütter** bieten in der enormen Mangelsituation bei den **Kinderbetreuungsplätzen** Unterstützung durch zusätzliche Betreuungsplätze an. Mit unserem Antrag „Tagesmütter stärken“ GR-Drs. 21/005/028 haben wir diese Möglichkeiten aufgenommen. Wir rufen diesen Antrag auf.

Die SPD-Fraktion beantragt

- 1. Die Tagesmütter erhalten für Kinder, welche mit 3 Jahren nicht in eine Reutlinger Kindertageseinrichtung wechseln können und in Folge des Platzmangels in der Betreuung durch die Tagesmütter verbleiben, die unveränderte finanzielle Unterstützung durch die Stadt. Platzpauschale und FAG-Zuschüsse werden in gleicher Höhe gezahlt wie für Kinder unter drei Jahre.**
- 2. Die Stadtverwaltung vereinbart mit dem Tagesmütterverein Bedingungen um die möglichen zusätzlichen Kinderbetreuungsplätze bei den Tagesmüttern besetzen zu können.**

(Kosten: 2021 150.000 Euro 2022 150.000 Euro)

Die Tagesmütter bieten kostengünstig zusätzliche Platzmöglichkeiten an und wir verhindern, dass Eltern nach einiger Zeit ohne Betreuungsplätze dastehen, ihre Berufstätigkeit aufgeben müssen und die Kinder von den elementaren Gruppenerfahrungen der frühkindlichen Bildung ausgeschlossen werden.

Antrag 6:

Der **Raumbedarf** in der Kinderbetreuung muss sich nach den Notwendigkeiten der Familien und den Vorgaben der Aufsichtsbehörde (KVJS) richten. Die kleinen Bären in **Degerschlacht** brauchen einen Schlafräum.

Die SPD-Fraktion beantragt die Mittel zum Ausbau der städtischen Räumlichkeiten in der Martin-Knapp-Straße 1 für die kleinen Bären e.V., der Kindergruppe Degerschlacht, mit einem Schlafräum entsprechend den Vorgaben der Aufsichtsbehörde (KVJS) in Abstimmung mit einem Architekten.

(Kosten: 2021 9.000 Euro im Etat der GMR)

Die Kostenbegrenzung hat ein Ende, wenn es um die Erfüllung der zwingenden Vorgaben der Aufsichtsbehörde in der Kinderbetreuung geht. Es kann nicht sein, dass die Kindergruppe Degerschlacht zwischen den Abteilungen der Kindertagesbetreuung und dem Gebäudemanagement herausfällt und der Bedarf des Trägervereins vergessen wird. Der Umbau kann als städtischer Zuschuss in Regie durch den Verein erfolgen.

Antrag 7:

Die SPD-Fraktion begrüßt die Fortführung der Etatansätze für **Schulsozialarbeit** und **Schulkindbetreuung** in gleicher Höhe wie in 2020.

Die SPD-Fraktion beantragt die Sicherstellung der Übernahme der zwangsläufigen Kostensteigerungen durch

- a) **Tarifliche Personalkostensteigerungen im Zeitraum des Doppelhaushalts.**
- b) **Anpassung der Stellenumfänge in der städtischen Förderung der Schulsozialarbeit an die Veränderungen in Folge der Überprüfung durch den Landkreis.**

(Kosten 2021 40.000 € 2022 40.000 €)

Die Schulfördervereine können der Anpassung der Lohnkosten vergleichbar mit den Beschäftigten in der Stadtverwaltung nur nachkommen, wenn die Zuschüsse entsprechend differenziert angepasst werden. Insoweit müssen die etatisierten Zuschusssummen leistungsfähig sein. Im Stellenplan sind die Tarifsteigerungen bei der Stadtverwaltung mit ca. 2 Mio. jährlich aufgeführt, im Durchschnitt je Beschäftigten sind dies 1200 Euro.

Antrag 8:

Der Reutlinger **Sport** hat unter Federführung durch die Arbeitsgemeinschaft Reutlinger Sportvereine (ARS) die Anregung der Stadtverwaltung zur Diskussion und Entwicklung von Projekten zur ehrenamtlichen **Übernahme von Bewirtschaftungs- und Pflegeaufgaben** durch die Vereine entwickelt. Dies Potential der ARS gilt es zu nutzen.

Die SPD-Fraktion beantragt die Umsetzung der Vorschläge der ARS bezüglich

- a) **Schließdienst in den Sporthallen**
- b) **Übernahme von Pflegeleistungen in städtischen Sportanlagen**

(Kosten Einsparung städtischer Ausgaben 2021 60.000 € 2022 500.000 €.

Im Konzept der Stadtverwaltung aus der Konsolidierungsklausur des Gemeinderats wurde 1.000.000 € angenommen.)

Mit Respekt und Freude haben wir uns mit der ARS über deren Überlegungen zu Beiträgen für die Stadt in finanziell schwierigen Zeiten auseinandergesetzt. Es zeigt sich, dass es richtig war, durch den städtischen Beitrag die ARS zu stärken. Diese Vorschläge müssen in den zuständigen Fachausschüssen dem Gemeinderat vorgestellt werden. So könnte die Übernahme des Schließdienstes Ausgaben bis zu 100.000 € vermeiden. Nach der fachlichen Bearbeitung kann die Umsetzung einen wertvollen Beitrag zum Stadthaushalt leisten. Sport ist gesund und lebenswichtig!

Antrag 9:

Am Blumenschmuck wie am Kindertreiben an den städtischen Brunnen erleben wir die Rückkehr der Lebendigkeit nach Ende der Pandemie und die **Lebensfreude der Bürgerschaft** im öffentlichen Raum.

Die SPD-Fraktion beantragt die Bereitstellung der Mittel zur Gewährleistung des Blumenschmucks in der Altstadt und des Sommerbetriebs an den Wasserspielen beim Krankenhäusle.

(Kosten 2021 30.000 € 2022 30.000 €)

Für viele Reutlinger Familien ist der Bürgerpark ein fröhlicher Aufenthaltsort, kostenloser Begegnungsplatz und kostenloses Kindervergnügen, ein für viele Familien mit angespanntem Budget wichtiger Ort. Wir sind stolz auf die neue lebendige Reutlinger Mitte. Hier werden wir unserer sozialen Verantwortung der Stadt für alle gerecht. Der öffentliche Raum gehört allen.

3. Fürsprache für Respekt und Gleichstellung

Antrag 10:

Wir begrüßen die Kraft und den Willen zu mehr Gerechtigkeit und Gleichheit welche durch die Arbeit der **Gleichstellungsbeauftragten** in die Stadt hineinwirkt.

Die SPD-Fraktion beantragt die Bereitstellung weiterer Mittel zur Erweiterung der Stelle der Gleichstellungsbeauftragten um eine halbe Stelle.

(Kosten 2021 21.000 € 2022 42.000 €)

Die Pandemie hat offenbart, dass Gewalt und Ungerechtigkeit viel zu oft im Alltag in den Beziehungen stattfindet. Die Arbeit der Gleichstellungsbeauftragten braucht mehr Zeit, um wirksam werden zu können.

4. Der Wandel der Mobilität

Antrag 11:

Wir begrüßen die geplante Fortführung der **Parkraumbewirtschaftung** in den Gebieten Ringelbach/Krankenhaus und Lerchenbuckel. Die Mobilitätswende als Beitrag zum Klimaschutz wird angeschoben. Dies bedarf dringend der Verstärkung.

Die SPD-Fraktion beantragt die Aufnahme von zwei weiteren Innenstadtbezirken in die Parkraumbewirtschaftung, z.B. am Burgholz

(Kosten zusätzliche Einnahmen 2021 200.000 € 2022 600.000 €)

Antrag 12:

Die Parkraumbewirtschaftung hat große Vorteile: Mit dem Anwohnerparkausweis finden Bewohner und Besucher sowie Gewerbetreibende und Kunden leichter einen Parkplatz. Das Falschparken wird reduziert und damit die Verkehrssicherheit verbessert. Es gibt weniger Parksuchverkehr. Die Wohn- und Aufenthaltsqualität wird verbessert. Dies ist auch ein Anreiz zum Umstieg auf den Stadtbus. Die Höhe des Jahresbetrags für die Anwohnerparkberechtigung muss mit den Parkgebühren und dem Preis des Jahrestickets des Stadtbus verglichen werden. Nachdem Bundestag und Bundesrat die gesetzliche Regelung im Jahr 2020 verändert haben, kann die Gebühr jetzt erhöht werden.

Die SPD-Fraktion beantragt die Erhöhung des Jahresbetrags für die Anwohnerparkberechtigung auf 100 €.

(Kosten zusätzliche Einnahmen 2021 300.000 € 2022 700.000 €

5. Stärkung der Finanzkraft für die Aufgaben der Großstadt im Landkreis

Antrag 13:

Wir respektieren den Beschluss des Landtags, dass Reutlingen Teil des Landkreises bleiben soll. Der Beschluss bringt auch zum Ausdruck, dass es notwendig ist, im Interesse des öffentlichen Wohls die Bedingungen der Stadt für ihre Entwicklung zu stärken insbesondere durch die Sicherung der Solidität kommunaler Haushalte (Anlage zur GR-Drs 18/149/01). Elementar hierfür ist die **finanzielle Ausstattung**.

Die Analyse der Fakten bei der Antragstellung zum Stadtkreis hatte klar ergeben, dass die Stadt als Stadtkreis über eine erheblich bessere finanzielle Ausstattung von jährlich über 4 Mio. € verfügen könnte.

Zur Erfüllung der vielfältigen Aufgaben und Funktionen der Stadt im Landkreis fehlen der Stadt diese Mittel Jahr für Jahr. Ein Teil der Krise der städtischen Finanzen ist Folge dieses Missverhältnisses von Aufgaben und den dafür zur Verfügung stehenden Mitteln.

Die SPD-Fraktion stellt den Antrag, dass der Gemeinderat beschließt, die Stadtverwaltung zu beauftragen, mit dem Land Baden-Württemberg über die Umsetzung des Landtagsbeschlusses zum Antrag der Stadt Reutlingen zur Gründung eines Stadtkreises zu verhandeln, mit dem Ziel einer Erhöhung der Mittel aus dem Finanzausgleich für Reutlingen, um der Aufgabe einer Großstadt im Landkreis gerecht werden zu können.

(Kosten: zu erwartende Mehreinnahmen 2021 500.000 € 2022 2.000.000 €)

Am Beispiel der enormen Kosten (im Finanzplanungszeitraum Gesamtausgaben 47,2 Mio.€ HHPlan Seite 64) zum Erhalt der Bundesstraßen, Brücken, Tunnel und anderer Bauwerke des überörtlich bedeutsamen Straßennetzes im Stadtgebiet wird deutlich, dass der Stadt hierzu die finanzielle Ausstattung fehlt. Diese Kosten können nicht vom Landkreis kommen. Vielmehr sind dies strukturelle Finanzierungen, welche über den Status Stadtkreis bereitgestellt werden.

Das Land Baden-Württemberg muss zur gerechten und gleichwertigen Entwicklung der Großstadt Reutlingen die erforderliche Finanzierung bereitstellen und gesetzlich garantieren. Wir fordern die Stadtverwaltung auf, hierzu die Unterstützung durch die Landtagsabgeordneten unserer Region zu gewinnen.

Die Verantwortung für die Stadt liegt nicht nur bei der Stadt selbst, dem Landkreis, welcher auf eine leistungsfähige Stadt angewiesen ist, sondern auch beim Land, welches den rechtlichen und finanziellen Rahmen definiert.

6. Verzicht auf Straßenprojekte, welche in der Unterhaltslast die Stadt überfordern

Antrag 14:

Das Land Baden-Württemberg plant derzeit im Auftrag des Bundes den Bau einer Bundesstraße zur Verbindung der B 464 zum Scheibengipfeltunnel, die Ortsumfahrung **Dietwegtrasse**. Die derzeitigen Verkehrsströme im Stadtgebiet haben die Funktion des Scheibengipfeltunnels als Entlastung der Ortsdurchfahrt in der Lederstraße bewiesen.

Negative Belastungen im innerstädtischen Straßensystem treten nur in wenigen Teilbereichen auf und sollten durch Verkehrslenkungsmaßnahmen rasch beeinflusst werden (z.B. Carl-Diem-Straße). Insoweit entfällt die Sinnhaftigkeit der sogenannten Dietwegtrasse als Ortsumfahrung für Reutlingen. Vielmehr würde eine neue teure Straße entstehen mit zwangsläufig hohen Kosten im Unterhalt für Brücken und Tunnel, welche in der Straßenbaulast den Haushalt der Stadt Reutlingen unzumutbar belasten würde.

Die SPD-Fraktion beantragt, dass die Stadt Reutlingen das Land auffordert, die Planung der sogenannten Dietwegtrasse einzustellen wegen fehlender Wirksamkeit und unzumutbaren finanziellen Auswirkungen auf die Stadt Reutlingen. Das Land soll aufgefordert werden, auf den Bund diesbezüglich einzuwirken.

(Kosten: Wegfall künftiger Unterhaltskosten)

Hinsichtlich der Funktion der Straße als Erschließungsstraße für RT-unlimited müssen Lösungen mit den vorhandenen Straßen gesucht werden. Der Bau in der Wirksamkeit zweifelhafter Straßen ist nicht zeitgemäß. Dass Mobilität heute anders geht zeigt die Regionalstadtbahn. Es widerspricht dem grundsätzlichen Ziel der Reduktion des Energieverbrauchs und des Kohlenstofffußabdrucks der Stadt, ihrer Bürgerschaft und ihrer Wirtschaft.

10.04.2020

Für die SPD-Fraktion

Helmut Treutlein

Fraktionsvorsitzender